



seit 1558

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 29.05.2012

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Christopher Johne
Felix Quittek
Johannes Struzek

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Stephanie Borck, Alexander Goebel, Christopher Johne, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix Quittek, Anika Rehe, Benjamin Rößner, Johannes Struzek, Julian Volk, Carola Wlodarski-Şimşek
- entschuldigt:** Kai Bekos, Lisa Karstädt, Konstantin Reißmann, Cindy Salzwedel, Madlen Schwarzenberger
- ruhendes Mandat:** Rafael De Cia, Jakob Horn, Jonas Johne, Richard Melzer, Sven Peter, Lena Aylin Pooyeh, Julius Rohn, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Amina Arabi, Clemens Beck, Peter Held, Anna Selle, Sebastian Walter, Kerstin Zimmermann
- beratende Mitglieder:** Julia Langhammer
- Gäste:** Hauke Rehr, Philipp Frank
- Sitzungsleitung:** Felix Quittek, Daniel Münch
- Protokollantin:** Julia Langhammer

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18.25 Uhr.

TOP 1 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassungen der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)

Johannes Struzek:

Er informiert über die Auswirkungen der beantragten regelmäßigen Tarifanpassungen auf den StuRa. Insgesamt hat der StuRa 14 Angestellte. Davon wären 13 vom Antrag betroffen. Eine der Stellen ist an den Tarifvertrag der Länder angelehnt und verändert sich damit entsprechend der Tarifentwicklung. Darüber hinaus hat der StuRa vier Stellen mit einer Bezahlung von mehr als 400 Euro monatlich, drei 400-Euro-Stellen und sechs Stellen, die mit weniger als 400 Euro vergütet werden. Inhalt des Antrags ist, dass das Gehalt der Angestellten regelmäßig dynamisch steigen soll. Jeweils zum 1. Mai eines Jahres sollen die Gehälter gemäß der Veränderungen des Verbrauchspreisindex und zusätzlich um 2% jährlich steigen. Insgesamt käme es so zu einer Gehaltssteigerung um ca. 6% jährlich.

Christopher Johne:

Er fragt, welche Mehrkosten jährlich für den StuRa entstünden.

Johannes Struzek:

Er empfiehlt für nähere Informationen einen Blick in den Haushalt, es würde sich um Mehrkosten von ca. 6.000 Euro jährlich handeln.

Felix Quittek:

Er fragt, wie der Antrag umgesetzt werden soll. Seines Wissens sind 400-Euro-Stellen eben 400-Euro-Stellen und können nicht einfach angehoben werden. Wie soll damit umgegangen werden?

Christopher Johne:

Er fragt nach konkreten Auswirkungen. Bei mehr als 400 Euro kommt es für die Angestellten ggf. zu Problemen. Das BAföG könnte gekürzt werden, Personen aus der Familienversicherung herausfallen usw., zudem würden die Stellen bei über 400 Euro sozialversicherungspflichtig. Das würde bedeuten, dass, damit die ausbezahlte Summe bei 400 Euro bleibt, die Arbeitszeit der Angestellten aber stetig sinken würde.

Felix Quittek:

In Leipzig erhalten die beim dortigen StuRa Angestellten Stipendien und keine Löhne bzw. Honorare. Die Bezahlung wird am Bedarf, orientiert an BAföG-Höchstsätzen, gemessen und nicht an der Arbeitsleistung. Das erscheint ihm angemessen. Er würde eine Projektkommission vorschlagen, in der sich ein paar Leute zusammensetzen und ein zukunftsfähiges Konzept zur künftigen Finanzierung der Arbeit entwickeln. Das erscheint ihm nachhaltiger als jetzt so eine Einzelentscheidung zu treffen.

Johannes Struzek:

Das gibt es quasi bei unseren Chefredakteur_innen, diese werden angelehnt an den BAföG-Höchstsatz bezahlt. Außerdem ist gemäß Antrag keine Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Lohnerhöhung vorgesehen. Die Angestellten könnten freiwillig darauf verzichten.

Christopher Johne:

Eine Lohnerhöhung würde zu vielen Nachteilen bei den 400-Euro-Stellen führen. Die Betroffenen könnten, wenn sie einmal aus der Familienversicherung herausgefallen sind, auch nicht mehr zurückkehren. Wenn die Stellen sozialversicherungspflichtig werden, bekommen die Angestellten zum Schluss weniger ausgezahlt. Außerdem lägen die Mehrkosten bei ca. 8.000 Euro. Er fragt sich mit Blick auf den Haushalt, woher das Geld kommen soll.

Felix Quittek:

Seines Wissens gelten bei Stipendien und Arbeitsverträgen unterschiedliche Höchstgrenzen. Die Rahmenbedingungen müssten ermittelt werden. Deswegen ist er für die Arbeitsgruppe.

Anika Rehe:

Sie fragt sich, ob über den Antrag dringend jetzt befunden werden muss. Besteht die Zeit, die Frage in die Arbeitsgruppe zu geben?

Christopher Johne:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Nichtbefassung** mit dem Antrag.

Johannes Struzek:

Er formuliert eine **Gegenrede**, da sich der StuRa bereits seit drei Sitzungen mit dem Thema befasst sei eine Nichtbefassung nicht mehr möglich.

Abstimmung GO-Antrag: 2 / 3 / 5 – abgelehnt

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag den Tagesordnungspunkt zu beenden** und den Antrag in eine noch zu gründende Arbeitsgruppe zu delegieren, die einen Vorschlag ausarbeitet, wie mit bezahlten Stellen im StuRa zukünftig umzugehen ist. Es wird noch geklärt, ob die AG beim Vorstand oder dem Innenreferat angesiedelt sein soll.

Johannes Struzek:

Er führt eine **Gegenrede**. Es seien alle offenen Fragen geklärt bzw. können an dieser Stelle beantwortet werden. Die Arbeitsgruppe könnte lediglich Fragen beantworten, die über den Antragsinhalt hinausgingen.

Abstimmung GO-Antrag: 8 / 2 / 0 – angenommen

TOP 2 Diskussion und Beschluss: Tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung (Christopher Johne)

Christopher Johne:

Er erläutert einleitend, dass die Öffentlichkeit zu diesem TOP nicht ausgeschlossen werden muss. Es geht um die Stelle, nicht um die Person, die diese besetzt.

Es wurden mehrfach Beschlüsse zur Eingruppierung der Geschäftsleitung in die Entgeltgruppe 6 (E6) gefasst. Dem StuRa liegt nun ein neues Schreiben des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) vor. Daraus geht hervor, dass die Studierendenschaft grundsätzlich frei in der Entscheidung über die Eingruppierung ist, aber der Grundsatz von Sparsamkeit und Verhältnismäßig gilt. In diesem Sinne wäre eine Anlehnung an die Bestimmungen des Tarifvertrags der Länder (TV-L) eine sinnvolle Bemessungsgrundlage. Das Gremium soll entscheiden, ob an dem früheren Beschluss, die Stelle nach E6 einzugruppieren, festhält oder dem Druck der Hochschule nachgibt und sich für E5 entscheidet.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Warum sollte der Beschluss geändert werden?

Christopher Johne:

Die Hochschule hat immer Kritik an der Eingruppierung geübt. Es gab im Zusammenhang mit dem E6-Beschluss die Einigung, dass das TMBWK noch einmal angefragt wird. Dieses Vorgehen hatte das Rechtsamt damals akzeptiert, nun drängt es aber auf einen neuen Beschluss und eine klare Aussage.

Johannes Struzek:

Er erläutert die Unterlagen. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Tarifvertrag für den allgemeinen Verwaltungsdienst. Die Geschäftsleitungsstelle geht teilweise darüber hinaus, kann aber im Wesentlichen als Orientierung für die mögliche Eingruppierung nach TV-L genommen werden.

Ein neuerlicher Beschluss wäre allerdings nach seiner Meinung ausschließlich als Absichtsbekundung gegenüber dem Rechtsamt zu sehen. Es kann keine konkrete Entscheidung zur Änderung des Arbeitsvertrags sein. Dafür müssten weitere Rechte der Arbeitnehmerin gewahrt werden. Den Arbeitsvertrag auf E5 zu ändern bedürfte eines gesonderten Beschlusses.

Christopher Johne:

Ist der StuRa weiterhin an der E6 interessiert oder sollte eine Änderung des Arbeitsvertrags zu Eingruppierung in E5 angestrebt werden?

Anika Rehe:

Wie hoch ist der Unterschied zwischen E5 und E6?

Johannes Struzek:

Für die Arbeitnehmerin geht es um 60 – 80 Euro, für den Arbeitgeber ist es ein Unterschied von ca. 150 – 160 Euro.

Benjamin Rößner:

Welche Entgeltgruppe wird aktuell angewandt?

Johannes Struzek:

Im Arbeitsvertrag steht E6, ausbezahlt wird aber E5. Das Personaldezernat hat sich immer geweigert, das Gehalt nach E6 auszurechnen.

Wenn der Beschluss so ausfällt, dass der geltende Vertrag durch den StuRa nicht fortgesetzt werden kann, muss er geändert werden. Ein Mittel wäre eine Änderungskündigung. Zu diesem Mittel könnte auch der Rektor greifen, wenn er davon ausgeht, dass der Vertrag rechtswidrig ist.

Benjamin Rößner:

Es ist abzusehen, dass die Arbeitnehmerin gegen die Entscheidung vorgehen wird. Er sieht erhebliche Folgekosten.

Christopher Johne:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung**. Die Stellungnahme des TMBWK fehlt im Sitzungsmaterial, diese war jedoch Anlass des Antrages.

Johannes Struzek:

Er führt eine **Gegenrede**. So lange kein Gremiumsmitglied die Vorlage der Stellungnahme verlangt, kann auch heute entschieden werden.

Abstimmung GO-Antrag: 5 / 2 / 4 – angenommen

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Umfrage zum VMT-Semesterticket (Daniel Münch)

Daniel Münch:

Der StuRa hat bei der Diskussion zum VMT-Ticket verschiedene Aktivitäten in Vorbereitung einer Entscheidung darüber beschlossen. Bei der letzten Sitzung wurde beschlossen, keine Urabstimmung zum VMT-Ticket durchzuführen. Deswegen sollte die auch beschlossene Umfrage zum VMT-Ticket realisiert werden. Dies hatte er mit dem vorliegenden Antrag geplant. Allerdings ist der Antrag nun überholt. Eine Umfrage zusammen mit den Briefwahlen durchzuführen, ist technisch nicht mehr möglich. Zudem wurden Vorstand und Sozialreferat aufgefordert, verschiedene Möglichkeiten für ein Ticket auszuarbeiten. Das ist seines Wissens nicht geschehen. Es ist damit unklar, was Inhalt der Umfrage sein soll.

Felix Quittek:

Er hat beim VMT angefragt. Der VMT lehnt das Angebot eines Options-Tickets ab. Die Studierenden könnten ja das Schüler-Monats-Ticket nutzen.

Johannes Struzek:

Er ergänzt, dass er vorschlagen würde, den zum weiteren Vorgehen bzgl. VMT gefassten Beschluss aufzuheben, wenn die Umsetzung nun nicht mehr möglich ist.

Christopher Johne:

Die Frage ist, wie die Umfrage gestellt wird. Er würde einfach die Meinung der Studierenden zu den verschiedenen vorhandenen Möglichkeiten einholen. Dafür ist es auch noch nicht zu spät.

Anika Rehe:

Eine Umfrage ist nur sinnvoll, wenn die Leute ausreichend informiert werden. Auf jeden Fall müsste es viel Info-Material geben. Dazu bedeutet die Organisation einer aussagefähigen Umfrage viel Aufwand.

Felix Quittek:

Auch der StuRa der FH hat die Urabstimmung über ein VMT-Ticket abgelehnt. Grundsätzlich sah er aber hier wie dort das Meinungsbild, dass ein Ticket grundsätzlich begrüßt wird, aber dieses Angebot, wie es vorliegt, nicht als akzeptabel gilt.

Anika Rehe:

Die Frage ist, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird. Es nehmen in der Regel sehr wenige Leute teil. Das Ergebnis wird damit nicht repräsentativ sein. Was sagt eine Umfrage aus, an der wenige Hundert Studierende teilnehmen. Damit betrachtet sie das Verhältnis von Kosten und Nutzen als fraglich.

Christopher Johne:

Wie die Umfrage gestaltet werden soll, ist immer noch offen. Wenn sich so viele Leute an der Umfrage beteiligen, wie sich an einer Urabstimmung beteiligen würden, hält er das für akzeptabel. Der Aufwand ist allerdings wirklich groß.

Johannes Struzek:

Ersteinmal sollte eine Arbeitsgruppe notwendige Fakten eruieren, z.B. dazu, wo die FSU-Studierenden wohnen, in welcher sozialen Lage sie sind. Außerdem könnten noch zu erreichende Verhandlungsergebnisse differenziert in die Fragestellung einfließen. So wäre nach einem Semester Arbeit an den Thema ein großes Informationspaket vorhanden, um eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Daniel Münch:

Gibt es Interessierte für so eine Arbeitsgruppe?

Es melden sich Johannes Struzek, Christopher Johne und Anika Rehe.

Christopher Johne:

Die Umfrage müsste bald starten. Im Herbst steht wahrscheinlich eine Urabstimmung zum Jena-Ticket an. Es würde sich anbieten, gleichzeitig über das VMT-Ticket abzustimmen. Um dort ein Modell zur Abstimmung stellen zu können, sollten die Ergebnisse der Umfrage ausgewertet sein.

Wir müssten rechtzeitig wissen, was die Studierenden wünschen, damit nachverhandelt werden kann. Alles müsste bis spätestens November beendet sein.

Anika Rehe:

Sie hält es für möglich, die Umfrage bis November durchzuführen. Wenn genug Leute mithelfen, ist es machbar und kann gleich zu Beginn des Wintersemesters stattfinden.

Christopher Johne:

Wenn die Umfrage gleich zu Semesterbeginn gemacht würde, würde sie sich bis in den Dezember ziehen. Erst muss informiert werden, dann die Fragebögen verteilt und nach einer Frist wieder entgegengenommen werden. Ein Urabstimmung sollte aber unbedingt noch dieses Jahr stattfinden.

Anika Rehe:

Wenn bei Umfragen die Termine so weit auseinander liegen, ist das sowieso nicht sinnvoll. 2 – 3 Tage zwischen der Verteilung der Bögen und der Rücksendefrist reichen aus.

Christopher Johne:

Dabei wird vergessen, dass der StuRa Probleme hat, die Studierenden zu erreichen. Dafür werden die Fachschaftsräte benötigt. Bei der Arbeitsweise der Fachschaften sind Fristen von wenigen Tagen aber keinesfalls zu halten.

Anika Rehe:

Sie verweist auf die Studieneinführungstage (STET). Die Interessierten erreicht man dort und die Nicht-Interessierten sowieso nicht.

Felix Quittek:

Wenn eine Urabstimmung zum Semesterticket stattfindet, muss sowieso viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Dann ist es möglich, die Umfrage auch mit zu stemmen.

Daniel Münch:

Er zweifelt an der Repräsentativität einer Umfrage zu den STET. Wenn im Wesentlichen Erstsemesterstudierende teilnehmen, fehlen ihnen die Erfahrung des Uni-Alltags und der möglichen Probleme.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Wenn ohnehin nur eine Umfrage gemacht wird, kann diese doch so lange laufen wie nötig. Während der STET kann begonnen und dann noch 1 – 2 Wochen weitergemacht werden. Die Erstis werden noch am längsten von der Ticketentscheidung betroffen sein. Natürlich sollten alle Gruppen erreicht werden, das ist aber in den ersten Semesterwochen noch am besten gegeben.

Johannes Struzek:

Was sinnvoll ist, hängt eigentlich vom Informationsstand der Befragten und der Frage, wonach gefragt wird, ab. Gerade zur Info-Sammlung ist es wichtig, eine Arbeitsgruppe zu bilden.

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der Antrag angenommen.

Antrag von Daniel Münch:

Der Studierendenrat richtet eine Arbeitsgruppe ein, die eine Umfrage zum VMT-Ticket für den Herbst vorbereitet. Es findet keine Umfrage zeitgleich mit den diesjährigen Gremienwahlen statt.

Abstimmung: 10 / 0 / 0 – angenommen

TOP 4 Berichte

Daniel Münch:

Er berichtet vom Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät. Es wird eine Umstrukturierung geplant, an deren Ende Institute zusammengelegt werden sollen. Die studentischen Vertreter_innen waren bisher außen vor und sind daher etwas auf Krawall gebürstet. Auf jeden Fall wird verlangt, die Fachschaftsrate einzubeziehen. Ein Thema war der Frauenförderplan. Dazu haben die Institute nur sehr löchrige Informationen geliefert. Unter Sonstiges wurde über die PM des StuRa zur Zivilklausel gesprochen. Es herrschte Uneinigkeit, wie die Forderung des StuRa theoretisch umzusetzen wäre. Der Fakultätsrat wird sich mit dem Thema Zivilklausel befassen. Vielleicht kommt Daniel Münch wegen Informationen noch einmal auf das Referat für Hochschulpolitik zu.

Stephanie Borck:

Sie geht davon aus, dass das Anliegen des StuRa durch den Fakultätsrat falsch verstanden wurde. Es geht nicht nur um die konkrete Forschungspraxis, also die Frage, ob an der Fakultät militärische Forschung betrieben wird, es geht auch um den gesamten Umgang mit dem Thema Militarisierung, z.B. im Bereich der Ethik-Forschung.

Johannes Struzek:

Er fand die Pressemitteilung des Referats für Hochschulpolitik zum Thema Zivilklausel eher ungünstig. Diese führte zu verschiedenen Nachfragen. Er hätte sich gewünscht, dass das Ziel des StuRa-Beschlusses, in die Grundordnung der FSU eine Zivilklausel-Passage einzufügen, deutlicher geworden wäre.

Stephanie Borck:

Sie kann die Kritik nicht teilen, nimmt sie aber mit.

Christopher Johne:

Er fand den Text auch unglücklich und hätte statt „beschließt“, „gefördert“ besser gefunden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie bittet, zum Thema Berichte zurückzukommen.

Johannes Struzek:

Er fand seinen Beitrag zielführend und auf der Sitzung am richtigen Platz. Die Pressemitteilung war seines Erachtens mangelhaft.

Felix Quittek:

Das sollte bei der nächsten Referatssitzung geklärt werden.

Stephanie Borck:

Sie schlägt vor, dass künftig durch den StuRa Personen bestimmt werden, die künftig alle Pressemitteilungen korrekturlesen und sie frei geben.

Johannes Struzek:

Er stellt sein Anliegen klar: Wenn Pressemitteilungen über StuRa-Beschlüsse rausgegeben werden, sollten sie inhaltlich richtig sein.

Daniel Münch:

Er ergänzt seinen Bericht. Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät tendiert gegen elektronische Schließanlagen und spricht sich stattdessen für mehr Investitionen in eine bessere technische Ausrüstung der Räume aus.

Anika Rehe:

Gab es Probleme damit?

Daniel Münch:

Nein, als problematisch gilt die mangelnde technische Ausstattung.

Anika Rehe:

Sie berichtet, dass es eine Anfrage der Uni gibt, ob eine Studie für mehr Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen durch den StuRa unterstützt wird. Die FSU wurde als eine Best-Practice-Hochschule ausgewählt, anhand derer die Effizienz familienpolitischer Maßnahmen untersucht werden soll. Es werden ganz verschiedene Personengruppen online bzw. innerhalb einer Gruppendiskussion befragt. Der Vorteil für die Hochschule soll sein, dass sie die Ergebnisse für ihr Marketing verwenden kann.

Sie befürchtet, dass die Hochschule nur die positiven Ergebnisse veröffentlicht und negative Aspekte unter den Tisch fallen lässt. Sie ist sich unsicher, ob die Studie unterstützt werden sollte. Die Hochschule wirbt schon jetzt mit Familienfreundlichkeit, dabei liegt dort einiges im Argen.

Felix Quittek:

Kann mehr Transparenz gefordert werden?

Anika Rehe:

Sie hat auch nur wenige Informationen. Die letzte Studie der Uni zur Familienfreundlichkeit wurde jedenfalls lange unter Verschluss gehalten und sie hat nur unter der Hand die Ergebnisse erfahren.

Sie ergänzt, dass die Studie vom BMBF gefördert wird. Wenn der StuRa bzw. der AK Studierende Eltern nun beschließen, die Studie zu unterstützen, hieße das, die Studie gut zu heißen.

Felix Quittek:

Wenn der StuRa die Studie unterstützt, sollte er das nur unter der Maßgabe tun, dass die sie öffentlich gemacht wird.

Stephanie Borck:

Sie möchte wissen, was Anika Rehe zu dem Vorschlag meint.

Anika Rehe:

Sie hat die Mail erst seit gestern und konnte sich noch nicht umfassend damit befassen. Die Ergebnisse der Studie würden sie interessieren. Frau Adam möchte aber noch in dieser Woche eine Antwort.

Christopher Johne:

Es handelt sich nur um ein Meinungsbild. Anika Rehe möchte eine Empfehlung für ihren AK haben.

Julian Volk:

Er stellt einen **GO-Antrag auf getrennte Meinungsbilder** der einzelnen Aspekte.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fühlt sich außer Stande, auf Basis der vorliegenden Informationsgrundlage zu entscheiden. Was heißt, dass der StuRa die Studie bewerben soll? Sollen Materialien finanziert werden oder auf welche Weise? Sie würde erst später entscheiden wollen, wenn die offenen Fragen beantwortet sind.

Johannes Struzek:

Er betrachtet „Unterstützung“ in diesem Fall so, dass der StuRa die Studie öffentlich begrüßt. Unter „bewerben“ stellt er sich vor, dass der StuRa die Studie an die Fachschaften weiterleitet, weil diese sie sonst nicht aufnehmen würden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Die Sache ist ihr immer noch unklar, es stehen nur Mutmaßungen im Raum. Auch das StuRa-Logo wirkt nicht so motivationsfördernd, dass es alle Studierenden zu Teilnahme animieren würde. Sie weiß nicht, welchen Sinn das haben soll. Die Uni kann alle Studierenden durch ihre Mailing-Liste erreichen, soll sie es selbst machen.

Daniel Münch:

Wenn das Rektorat eine Positionierung des StuRa möchte, müssen wir mehr Zeit haben. Er würde das Thema als TOP auf die nächste Sitzung mitnehmen. In der Zeit bis dahin kann Anika Rehe die offenen Fragen klären.

Anika Rehe:

Das würde sie auch vorschlagen. Sie wurde vermutlich angefragt, weil man sich aus Netzwerkrunden kennt.

Johannes Struzek:

Er begrüßt, dass der StuRa angefragt wurde, sich zu positionieren und möchte auch entsprechend antworten. Die Antwort könnte lauten, dass die Umfrage begrüßt wird und wir froh sind, dass die Informationen gesammelt werden, um Verbesserungen zu erreichen. Er würde anbieten, die Mails zur Studie an die Fachschaftsräte und über andere Verteiler zu leiten. Mehr kann der StuRa seiner Meinung nach nicht tun.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie würde vorher gern wissen, was eigentlich das Ziel der Umfrage ist. Das Umfrageergebnis richtet sich danach, was wie gefragt wird. Sie möchte nicht, dass sich die Uni mit ihrer Familienfreundlichkeit schmückt, die so gar nicht vorhanden ist.

Anika Rehe:

Sie hat eine ähnliche Befürchtung. Sie möchte nicht, dass der StuRa als hinter der Umfrage stehend wahrgenommen wird. Sie würde vorher weitere Informationen einholen.

Johannes Struzek:

Er berichtet, dass bis heute im Nahverkehr Ferienfahrpläne galten. Er erinnert, dass in Semesterticketverhandlungen durch Jenah immer wieder gesagt wurde, dass sich Ferienfahrpläne und Vorlesungszeiten praktisch nicht überschneiden.

Er würde außerdem klären wollen, wann in der vorlesungsfreien Zeit StuRa-Sitzungen stattfinden sollen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

In den Semesterferien sind Sitzungen häufig nicht beschlussfähig und müssen innerhalb von 14 Tagen nachgeholt werden. Deswegen ist es sinnlos, konkrete Termine zu planen. Sie würde die Sitzungen am Bedarf orientieren, damit sie nicht immer bis 0 Uhr dauern.

Anika Rehe:

Sie hätte gern feste Termine, sieht aber auch das Problem mit der Beschlussfähigkeit und glaubt, dass sich feste Termine nicht halten lassen werden.

Stephanie Borck:

Sie berichtet, dass das Referat für Sozialpolitik und das Referat für Hochschulpolitik gemeinsam eine überregionale Veranstaltung zum Thema „40 Jahre NC-Urteil“ planen. Sie wird am 13. Juli, im Hörsaal 5 stattfinden. Es gibt verschiedene Blöcke, in den ExpertInnen diskutieren werden. Für Studierende besonders interessant ist der Zukunftsblock, in dem über den künftigen Umgang mit dem NC beraten werden soll.

Dorothea Forch hat die Dekane aller Fakultäten angeschrieben, um sie auf das Thema Zivilklausel aufmerksam zu machen. Außerdem wurden die Fachschaftsräte angeschrieben. Parallel zur StuRa-Wahl soll eine Unterschriftensammlung stattfinden. Eine Podiumsdiskussion ist auch wieder angedacht.

Wann der Senatsantrag, eine Zivilklausel in die Grundordnung einzufügen, eingereicht wird, ist noch unklar. Da zum Beschluss zwei Lesungen benötigt werden, wird der Antrag vielleicht demnächst schon eingebracht, dann aber erst im nächsten Semester darüber beschlossen.

Die herungeschickte Doodle-Umfrage zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die die Aufstellung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen FSU und TMBWK begleitet, fand bisher wenig Resonanz. Insbesondere der Vorstand und die Senator_innen werden gebeten, sich zu beteiligen bzw. gezielt Interessierte anzusprechen.

Christopher Johne:

Er berichtet von der Vollversammlung des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit (bpm). Die Teilnahme war eher verhalten. Hauptsächlich ging es um Datenschutz. Wie sich herausgestellt hat, planen viele Hochschulen die Einführung von Plastikkarten mit RFID-Chips. Über elektronische Prüfungsanmeldesysteme wurde ebenfalls diskutiert. Friedolin scheint verhältnismäßig gut zu funktionieren, an anderen Unis klappt gar nichts. Am Sonntag war eine Mitgliederversammlung des Trägervereins. Es wurden zwei Vorstandsmitglieder (1. Vorstand: Nina Knöchelmann, AStA TU Braunschweig; 2. Vorstand: Jana Kuchler, AStA TU Berlin), ein Kassenwart (Andreas Marx, ehemals AStA Uni Hildesheim) und zwei Kassenprüfer (Vincent Heckmann, U-AStA Uni Freiburg; Christopher Johne) gewählt. Es gab einen Bericht des Koordinationsorgans (KO), der allerdings recht unzusammenhängend war. Es wurde kein festes KO gewählt. Jede_r, die_der zu den Sitzungen kommt, kann mitentscheiden.

Johannes Struzek:
Wie fasst das KO Beschlüsse?

Christopher Johne:
Er antwortet, dass im Konsens entschieden wird.

Felix Quittek:
Er berichtet, dass das Umweltreferat verschiedene Veranstaltungen plant. Am Wochenende findet eine Fahrrad-Demo gegen Aviagen in Freiberg statt. Das Unternehmen betreibt dort die größte Kükenbrüterei Europas. Am 14. Juni ist Critical Mass. Am gleichen Tag findet eine Diskussionsveranstaltung zur Aufstellung des Jenaer Nahverkehrsplans für die Jahre 2013 – 2018 statt. Der Studierendenbeirat ist wegen einer Stellungnahme angefragt und Felix Quittek möchte möglichst viel Input der Studierenden in die Sitzung mitnehmen.

Johannes Struzek:
Er berichtet, dass Mike Niederstraßer und er beim AstA der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg waren, um über die weitere Kooperation zu sprechen. Von Zeit zu Zeit wurden bereits Veranstaltungen unterstützt, die auch im Interesse der Jenaer Studierendenschaft waren. Thema des Gesprächs war, wie die Kooperation verstetigt werden kann.

TOP 5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 11 Gremiumsmitglieder anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 Diskussion und Beschluss: regelmäßige Anpassung der Gehaltszahlungen an Inflation / Tarifsteigerungen (Mike Niederstraßer)
- TOP 2 Diskussion und Beschluss: Tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung (Christopher Johne)
- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Umfrage zum VMT-Semesterticket (Daniel Münch)
- TOP 4 Berichte
- TOP 5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 6 Diskussion und Beschluss: Vorlage Satzungsänderung zur Urabstimmung (Referat für Inneres)
- TOP 7 FA-016-2012: Festival de Colores 2012 (Anja Bolza-Schünemann)
- TOP 8 FA-019-2012: Chorlager zur Konzertvorbereitung (Psycho-Chor der FSU Jena)
- TOP 9 FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative Viva con Agua (Patrick Csonka)
- TOP 10 M-045-2012: Bildungstreikkonferenz Nürnberg (Referat für Hochschulpolitik)
- TOP 11 M-046-2012: Veranstaltungsreihe „Lehramt ist Mehramt“ (Referat für Lehramter)
- TOP 12 Aufhebung und Neubeschluss: RM-005-2012: Dresden-Soli-Party (Vorstand)
- TOP 13 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)
- TOP 14 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V. (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 15 Diskussion und Beschluss: Arbeit der Referate (Christopher Johne)
- TOP 16 Sonstiges

TOP 6 Diskussion und Beschluss: Vorlage Satzungsänderung zur Urabstimmung (Referat für Inneres)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 7 FA-016-2012: Festival de Colores (Anja Bolza-Schünemann)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 8 FA-019-2012: Chorlager zur Konzertvorbereitung (Psycho-Chor der FSU Jena)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 9 FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative Viva con Agua (Patrick Csonka)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 10 M-045-2012: Bildungstreikkonferenz Nürnberg (Referat für Hochschulpolitik)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 11 M-046-2012: Veranstaltungsreihe „Lehramt als Mehramt“ (Referat für Lehrämter)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 12 Aufhebung und Neubeschluss: RM-005-2012: Dresden-Soli-Party (Vorstand)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

**TOP 13 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen
(Mike Niederstraßer)**

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

**TOP 14 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V.
(Carola Wlodarski-Şimşek)**

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 15 Diskussion und Beschluss: Arbeit der Referate (Christopher Johné)

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

TOP 16 Sonstiges

wegen Beschlussunfähigkeit nicht behandelt

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 20.00 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung